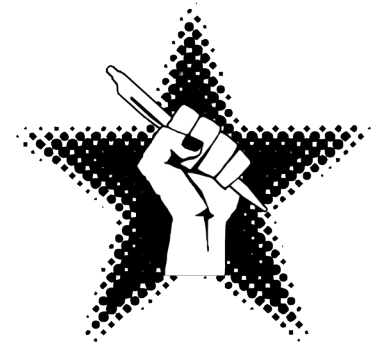


AUS GRÜNDEN



29. September 2018 | Newsletter Nr. 2

KAMAPGNE - LERNEN AM LIMT

Schlechte Lernbedingungen? Keine Kohle? Keine Wohnung? Schluss damit!

Ab dem 15. Oktober startet das Lernfabriken...meutern!-Bündnis gemeinsam mit anderen Bündnissen (z.B. Studis gegen Wohnungsnot) eine bundesweite Kampagne gegen Wohnungsnot, Lehrkräftemangel und für eine bessere Ausbildungs-/Studienfinanzierung. Ab dem 15. Oktober organisiert das Bündnis Informationsveranstaltungen und Camps an möglichst vielen verschiedenen Bildungsorten. Am 14. November werden auch an möglichst vielen Orten dezentral Vollversammlungen oder Protestplena organisiert um gemeinsame Forderungen zu beschließen. Daraufhin findet der vom 23. bis 25. November 2018 der Kongress „Lernen am Limit. Bildung, Arbeit und Leben im Kapi-

talismus“ statt, wo wir uns mit allen Interessierten vernetzen, die Kampagne auswerten und weitere Schritte planen.

Der Sinn dieser Kampagne liegt darin, Kräfte zu vereinen, um gemeinsam möglichst großen politischen Druck auszuüben und basisorientierte Aktionsmöglichkeiten zu bieten. Schließlich handelt es sich um Probleme, unter denen viele Studierende, Auszubildende und Schüler*innen leiden. Und zwar ab dem ersten „Arbeitstag“. Hier wollen wir gemeinsam aktiv werden und Menschen in politische Arbeit einbeziehen, die bisher noch keine Berührungspunkte mit diesem Betätigungsfeld hatten. Gesellschaftliche Veränderungen lassen sich aber nur durchsetzen, wenn ein Großteil der Betroffenen aktiv wird.

Die Kampagne ist offen gestaltet, ihr könnt euch schlicht solidarisieren und als Unterstützer*innen gelistet werden. Genauso gut könnt ihr bereits geplante Aktionen in die Kampagne einfügen oder noch etwas eigenständiges Organisieren. Ein Infostand, ein symbolisches Banner, ein Vortrag oder ein Auftaktplenum - solche oder ähnliche Aktionen sind schon super um zu signalisieren, dass wir Viele sind. Wir wollen zeigen, dass wir nicht bereit sind, die Mangelsituation im Bildungswesen hinzunehmen. Wenn ihr Fragen oder Anregungen habt, wenn ihr Material oder Hilfe braucht, könnt ihr euch jeder Zeit an uns wenden: info@lernfabriken-meutern.de

BILDUNGSMONITOR 2018

Nach Lehrer*innenmangel und Rassismus an Schulen hat sich laut dem Bildungsmonitor 2018 auch die Qualität der Bildung in Deutschland verschlechtert. Gerade die Ergebnisse im Bereich Schulqualität, Digitalisierung, Integration und Bekämpfung der Bildungsarmut fallen schlechter aus. Starke Unterschiede zwischen den Bundesländern existieren auch weiterhin. Laut Bildungsmonitor ist Sachsen das leistungsfähigste Bildungssystem mit Bremen auf dem letzten Platz. Die arbeitgeber*innenfinanzierte „Initiative Neue Sozial Marktwirtschaft“ (INSM), in deren Auftrag der Bildungsmonitor erhoben wird, kritisiert die Bildungspolitik und fordert einen neuen Bildungsaufbruch.

Gerade wenn man in Deutschland den Investitionsstau, Spar- und Wettbewerbszwänge, sowie den Mangel an Personal – von KiTas bis zu Hochschulen – anschaut findet

man überall Mangel im aktuellen Bildungssystem. Jedoch muss man der Studie auch mit Skepsis begegnen. Der Bildungsmonitor untersucht die Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme in den Bundesländern anhand von 93 Indikatoren wie Verfügbarkeit von Ganztagschulen, Bildungsetat der Länder, Digitalisierungsgrad oder Qualität der Lehre. Viele Bildungsprozesse können mit quantitativen Instrumenten nicht erfasst werden. Individuelle Bildungsformate und damit auch anspruchsvollere kognitive Leistungen gehen dabei tendenziell verloren. Auch ist es fraglich ob man Bildungsarmut zwischen Stadtstaaten wie Berlin oder Bremen mit Bundesländern wie Bayern oder Baden-Württemberg vergleichen kann. Aspekte wie die Schüler*innenpopulationen, der Anteil von Schüler*innen mit Migrationshintergrund, das Gymnasialsystem, die Fläche oder die wirtschaftliche Lage der Bundes-

länder machen viel aus. Eine Studie mit dem Leitziel optimale Wachstums- und Beschäftigungsimpulse zu entwickeln und die das Bildungssystem als eine Maschine sieht, um Menschen für die zukünftig benötigten Jobs bestmöglich fit zu machen, ist erstmal eher kritisch zu betrachten.

Der Drang, Bildung immer mehr vergleichbar zu machen zieht auch klare bildungspolitische Konsequenzen mit sich. Aus diesem Grund ist das Zentralabitur eingeführt worden; Lernstandserhebungen und die Bologna-reformen drehen sich um diesen Anspruch. Solche Tests und Prüfungen nehmen immer mehr Raum ein und üben mehr Druck auf die Zukunft der Beteiligten aus. Der Vergleichsbarkeitswahn trägt selbst zur Verschlechterung der Bildungsbedingungen bei.

Lernfabriken ...meutern!

MACHTMISSBRAUCH IN DER WISSENSCHAFT

In den letzten Wochen und Monaten häufen sich die Vorwürfe gegen Vorgesetzte in der Wissenschaft, die ihre Mitarbeiter*innen oder Studierenden belästigen, mobben oder gängeln. Wir prognostizieren: Es wird leider noch weitere Skandale dieser Form geben. Denn das Wissenschaftssystem ist zutiefst patriarchal strukturiert. Despotismus und Missbrauch sind in diesem System angelegt – also keine Einzelschicksale, so traurig das auch ist.

Professor*innen haben eine Machtstellung, die ihnen weit mehr Einfluss als normalen Arbeitgeber*innen zugesteht. Neben der Funktion als Chef*innen, sind sie Betreuer*innen und Prüfer*innen. Sie entscheiden nicht nur über Verträge und Arbeitszeiten, sondern auch über die Vergabe von akademischen Graden, geben Empfehlungen an Stiftungen oder Kolleg*innen aus, unterstützen bei Akquise von Geldern oder entscheiden über Publikationen. Sie sind unumgängliche Türsteher*innen auf dem Weg in die Wissenschaft.

Wer das Wohlwollen der betrauten Professur verliert, steht ohne Gelder, ohne Referenz und meist ohne abgeschlossene Prüfung dar. Eine zweite Chance gibt es nur für die Wenigsten, weil Wissenschaft vielfach als lebensfüllende Beschäftigung daherkommt. Das heißt: Professor*innen verlangen nicht selten vollkommene Aufopferung und ständige Bereitschaft. Das wird schon im Studium als studentische Hilfskraft eintrainiert. Wer allerdings komplett von der aktuellen Betreuung vereinnahmt wird, hat kaum

Möglichkeiten, sich so etwas wie ein zweites Standbein aufzubauen.

Weil ein großer Teil wissenschaftlicher Tätigkeiten, als Phasen einer umfassenden Ausbildung verbucht wird, lassen sich angehende Akademiker*innen mit geringen Löhnen und unsicheren Arbeitsverhältnissen abspeisen. Die akademische Ausbildung ist im Grunde genommen erst mit einer erfolgreichen Habilitation abgeschlossen. Die damit erlangte Lehrberechtigung geht allerdings verloren, wenn keine Titellehre erbracht wird. Im Wissenschaftsbetrieb ist selbst nach 18 Jahren „Ausbildung“ noch lange nichts sicher. So lange nicht bis man eine entfristete Stelle bekommen hat. In der Qualifizierungsphase es nicht unüblich, dass man sich weit über zehn Jahre in desolaten Lebensverhältnissen einrichten muss. Und desto länger ein*e angehende*r Akademiker*in an der eigenen Zukunft herumdoktert oder -habilitiert, desto schlechter rechnet sie*er sich die eigenen Chancen in einem anderen Berufsfeld aus. (Nebenbei bemerkt, ergibt sich die lange Arbeitsphase nicht zuletzt aus den vielen sachfremden Tätigkeiten, die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen von ihren Vorgesetzten abverlangt werden, sowie aus einer völlig unzureichenden Betreuung.) Das verstickt noch weiter in Unterwerfung. Und die Sorge, den Absprung zu verpassen, beschleicht spätestens all diejenigen, die auch nach der Promotion noch in der Wissenschaft verweilen.

Die Rede von „akademischen Eltern“ verweist also nicht bloß auf ein inniges Ver-

trauensverhältnis, es verweist auch auf ein Verhältnis, indem Missbräuche hinter verschlossenen Türen bleiben. Aus Angst, dass alles, wofür eine Person über Jahre gelebt hat, stillschweigend getilgt wird. Dazu muss es nicht mal einen großen Eklat geben, die Liebe kann einfach entzogen werden. Die Vertragsverlängerung bleibt aus und alles ist vorbei. Dieses Machtverhältnis ist patriarchal. Und auch darin gleicht es der (patriarchalen) Familie: Die Macht über Geld, Förderung und Unterstützung fließen letztlich bei einer Person zusammen, um deren Gunst mit allen Mitteln gekämpft werden muss.

Daran ändert sich auch nichts, wenn zum Teil auch Frauen diese Stellung einnehmen. Das Muster ist entscheidend. Vor diesem Hintergrund ist es auch kein großes Wunder, dass kaum Frauen in den wichtigen Positionen der Wissenschaft zu finden sind. 80 % Prozent der Professuren werden von Männern geführt. In Seilschaften, die Frauen* zum Teil explizit ausschließen, fördern sie sich gegenseitig.

Genau wegen derartiger Verhältnisse sind chilenische Wissenschaftler*innen und Student*innen massenhaft auf die Straße gegangen und haben mehrere Institute besetzt. Viele der Aktionen, die als „La ola feminista“ (Die feministische Welle) bekannt geworden sind, wurden ausschließlich von Frauen* organisiert. Auch in Deutschland besteht die objektive Notwendigkeit einer solcher Bewegung.

#HUGEGENSTUDIS

Nachdem die HU vor einigen Monaten verklagt wurde, weil eine studentische Hilfskraft entgegen dem Berliner Recht wissenschaftsferne Arbeit verrichtet hat, ging die Hochschulleitung nicht auf die Angebote des Personalrates ein, eine Übergangslösung zu finden, sondern lässt in den kommenden Monaten alle 600 Verträge von wissenschaftlichen Hilfskräften in Verwaltungstätigkeiten auslaufen. Darunter sind Arbeitsverhältnisse, bei denen schon längst ausgehandelt waren, wie sie ab Oktober weitergeführt werden sollten, die nun aber eine Woche vor dem Monatswechsel abgesagt wurden. Damit baut die Hochschulleitung auf dem Rücken der studentischen Hilfskräfte Druck auf, dass mit einer Gesetzesänderung entsprechende Arbeitsverhältnisse doch erlaubt werden. Dabei sind Beschäftigungen als studentische Hilfskräfte ein nicht hinnehmbares Lohndumping. Trotz berliner Tarifvertrag machen es sich die Hochschulleitungen mit diesen befristeten Verträgen viel leichter, ihre Verwaltung und Infrastruktur aufrechtzuerhalten, als wenn sie reguläre Arbeitsverhältnisse ausschreiben würden. Die nun drohende Lösung einer Outsourcing an Drittanbieter*innen, hilft da natürlich auch nicht.

GELD FÜR DIE HOCHSCHULEN STATT PSEUDOWETTBEWERBE

Am 27. September wurden aus 88 Förderanträgen insgesamt 57 zur Förderung ausgewählt. Diese Projekte werden jetzt für zunächst sieben Jahren mit 385 Millionen Euro pro Jahr gefördert.

Sowohl die Exzellenzstrategie an sich als auch die Vergabepaxis lassen sich kritisieren: Die „Exzellenz“ weniger Universitäten bringt der Hochschullandschaft wenig, obwohl eine bessere Finanzierung dringend notwendig ist. So sorgt diese Strategie nur für einer Reproduktion bereits bestehender Exzellenzcluster. Genau genommen stellt sie erst die Unterschiede zwischen den Hochschulen her, die sie als Legitimation für die ungleiche Förderung nimmt.

Statt Gelder bloß einzelnen Forschungsprojekten bzw. Universitäten zuzuschicken, um so genannte Eliten aufzubauen, sollte das Bildungswesen flächendeckend gefördert werden. Alles andere ist sozial ungerecht und lässt sich auf die vorherrschende Sparpolitik zurückführen.

Exzellenzinitiative mag noch so schön klin-

gen, sie hilft aber nicht dort, wo sie am dringendsten gebraucht wird – in der Lehre. Als gemeine*r Student*in hat man davon recht wenig. Trotz Förderung der Universitäten werden Tutorien abgebaut, Gebäude bedürfen immer noch einer Renovierung und Hörsäle sind überfüllt. Ein weiteres Problem ist, dass Fachhochschule prinzipiell von der Initiative ausgeschlossen werden und kleinere Universitäten keine Chance auf die Fördergelder haben. Auch die Unis in Ostdeutschland gehen tendenziell leer aus. So werden gesamtgesellschaftliche Spaltungen durch die momentane Hochschulpolitik noch verstärkt, statt sie durch eine egalitäre Bildungspolitik zu beseitigen.

Gerade vor dem Hintergrund dieser Spaltungen sollte sozialwissenschaftliche und politische Bildung gefördert werden. Doch genau diese wird durch die wettbewerbliche Mittelvergabe vernachlässigt. Nur 1/7 der geförderten Cluster gehört den geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen an.